



## Geschafft: Landkreis bekommt die "Option"

Mit Erleichterung reagierten die Genossinnen und Genossen, als bekannt wurde, dass die Landesregierung Göttingen bei der Option für die Arbeitsmarktpolitik nach Hartz IV berücksichtigt. Nachdem auch das Bundeswirtschaftsministerium zustimmte, war endlich klar, der Landkreis Göttingen kann wie von der SPD gefordert, seine Kompetenzen in der Vermittlung von Arbeitslosen einbringen.

Vorausgegangen war ein zähes Ringen um die Option. Nachdem sich die CDU und die Grünen-Kreistagsfraktionen erst lange nicht einigen konnten, ob der Landkreis und die Stadt Göttingen die Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosengeld II-Bezieher übernehmen soll oder nicht, hatte es den Anschein, als sei das Ja von Schwarz-Grün auf Kreisebene ein rein taktisches Manöver gewesen, die Option für Göttingen elegant zu beerdigen. Aus dem Ministerium sickerte durch, dass der Landkreis nicht zur Option vorgeschlagen werden sollte. Die stellvertretende Stadtverbandsvorsitzende und Göttinger Landtagsabgeordnete Gabriele Andretta vermutete, dass Schermann, Koch und Noack bei der schwierigen Einigung mit den Grünen offenbar von vornherein mit gezinkten Karten gespielt haben. Es sei bekannt, dass Schermann massiv gegen die Option gearbeitet habe. „Schermann konnte wohl nur deshalb zum Kompromiss mit den Grünen überredet werden, weil ihm Koch und Noack versicherten, die Sache elegant in Hannover zu beerdigen“, so Andretta. Schermann habe offenbar einen Antrag vorgelegt, der erkennen lässt, das man die Option nicht wolle. Und wie sich zeigte, war diese Vermutung nicht ganz unbegründet. Einerseits hatte der Landkreis einen derart schwachen Antrag abgegeben, dass Göttingen nur aufgrund der Erhöhung der Teilnehmerzahl von 7 auf 13 Kommunen überhaupt zum Zuge kam, andererseits ist der zuständige Dezernent im Landkreis Wucherpfehnig

bis heute nicht bereit, der SPD Einsicht in den Antrag zu gewähren.

Umso größer war die Erleichterung, dass es trotzdem geschafft wurde. Jetzt gilt es, nach vorne zu schauen und mit voller Kraft die Voraussetzungen für eine optimale Job-Vermittlung in Göttingen zu schaffen. Die Abgeordneten der SPD plädieren, auch wenn der Landkreis allein zuständig sei, dabei vernünftig mit der Agentur für Arbeit zu kooperieren. „Göttingen hat die große Chance mit der Option zu zeigen, wie gute lokale Arbeitsmarktpolitik gemacht werden kann. Diese Chance für Arbeitslose darf nicht vertan werden, nur weil es dem Landrat nicht passt“, so Andretta.

Dass Göttingen im Vergleich zum Arbeitsamt die bessere Arbeitsmarktpolitik macht und damit den Arbeitslosen bessere Chancen bietet, wurde im Sozialdezernat der Stadt schon früh erkannt. Es ist der Sozialdezernentin Dagmar Schlappeit-Beck zu verdanken, dass Göttingen trotz der Bedenkenräger und Quertreiber bei der CDU nun umfassende Steuerungsmöglichkeiten der gesamten Arbeitsmarktpolitik erhält.

Die Stadt Göttingen gehört in Niedersachsen zu den profiliertesten und erfolgreichsten Kommunen in der Beschäftigungsförderung. Diese Auffassung wird auch vom niedersächsischen Sozi-

Fortsetzung auf Seite 2

### Wechsel an der Führungsspitze

Unser langjähriger Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes Göttingen, Tom Stolle, verlässt die Universitätsstadt um einen neuen Job in Berlin anzunehmen. Als seine Nachfolgerin wird Gabriele Andretta vorgeschlagen.

Tom Stolle wurde 2000 als Nachfolger von Andree Utermöhlen in das Amt des Vorsitzenden gewählt. Der damals xx-jährige führte die Partei erfolgreich in den Kommunalwahlkampf 2001. Während seiner Amtszeit lagen ihm besonders die Themen ..., ..., ... zu Herzen. In seinem Brief an die Mitglieder der SPD bedankt er sich für gute Zusammenarbeit in dieser Zeit usw usw.

Fortsetzung von Seite 1:  
Geschafft: Der Landkreis  
bekommt die "Option"

alministerium geteilt. Die umfassende Erfahrung mit sämtlichen Instrumenten der Beschäftigungsförderung, die in den Job-Centern eingeführt werden sollen, prädestinierte die Stadt Göttingen als Optionsstandort.

Göttingen gehört mit seinen herausragenden Projekten wie MoZArT, Job Aktiv Zentrum, BiK-Ring (Bertelsmann Bench-Marking Beschäftigungsförderung), durch Evaluation bestätigte Integrationserfolge auf dem 1. Arbeitsmarkt, die frühe Einführung des Case (Fall) - Managements, des Profiling oder dem systematischen Umgang mit gemeinnütziger Arbeit zum führenden Kreis der deutschen Kommunen in der Beschäftigungsförderung. Genau für diese Kommunen wurde die Kommunale Option geschaffen. Aus ihrer umfassenden Erfahrung und einschlägigen Kompetenz geht die Stadt Göttingen davon aus, dass sie die Zielgruppe der langzeitarbeitslosen ALG II Empfänger besonders erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt vermitteln wird.

Diese neu gewonnenen gestalterischen Möglichkeiten will sich die SPD Göttingen zu eigen machen und auf der Delegiertenversammlung mit einem Antrag zum künftigen Umgang des Einsatzes von Arbeitslosengeld II-Bezieher ihre politischen Zielsetzungen zum Ausdruck bringen. "Ich bin mir sicher", so Andretta, "dass die SPD einen sozialverträglichen Umgang mit den sogenannten Ein-Euro-Jobs finden wird."

Grundsätzlich wird von der SPD Göttingen das neue Beschäftigungsinstrument als Bereicherung der Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose begrüßt.  
g<sup>m</sup>

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

SPD Stadtverbandsvorstand Göttingen  
Nikolaistr. 30 / 37073 Göttingen  
druckpunkt@spd-goettingen.de

### Redaktion:

Gregor Motzer (gm) V.i.S.d.P.; Horst Reinert  
(hr); Lars Gargulla (lg); Martin Koch (mk);  
Tom Stolle (ts)

Auflage: 1000 Exemplare

# Antrag zur DV am 09.10.04

## Künftiger Umgang des Einsatzes von ALG II- Bezieherinnen und Beziehern nach SGB II im Rahmen der Kommunalen Option

Zum sozialverträglichen Angebot der neuen gemeinnützigen Stellen mit Mehraufwandsentschädigung (sog. 1,50-Euro-Jobs) sollen Stadt und Landkreis Göttingen einen Beschäftigungsausschuss einrichten und die Zustimmung der Kammern und der Personalvertretungen einholen.

Ab dem 1. Januar 2005 ist der Landkreis Göttingen der Träger des SGB II und im Rahmen der Kommunalen Option alleine zuständig für die Arbeitsmarktintegration der Arbeitslosengeld II - Bezieherinnen und Bezieher.

Neben dem bekannten Instrumentarium wie zum Beispiel

Beratungsangebote, Bildungsgutscheine, versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse (ehemals ABM oder § 19 BSHG), Lohnkostenzuschüsse, Arbeitsgelegenheiten mit Qualifizierungsangeboten, Qualifizierungsmaßnahmen, Erwerb von Schul- und Ausbildungsabschlüssen, Berufliche Weiterbildung und Umschulung und Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung von 4 Wochen (sog. 1-Euro-Jobs),

soll nach Aussage des Bundesarbeitsministeriums das Instrument der gemeinnützigen Tätigkeit mit Mehraufwandsentschädigung (von 1 € bis 1,50 €) von bis zu 12 Monaten neu eingeführt und in größerem Umfang angeboten werden.

Grundsätzlich wird das neue Beschäftigungsinstrument von der SPD Göttingen als Bereicherung der Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose angesehen. Dabei sollen allerdings mindestens folgende Qualitätsstandards berücksichtigt werden. Die Göttinger SPD teilt die Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der

freien Wohlfahrtspflege in Stadt und Landkreis Göttingen, wonach diese gemeinnützigen Tätigkeiten mit Mehraufwandsentschädigung (von 1 € bis 1,50 €, sog. 1-Euro-Jobs) die Bedingungen

Gemeinnützigkeit, Freiwilligkeit, Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen, Zusätzlichkeit, d.h. es dürfen keine bestehenden Beschäftigungsverhältnisse gefährdet werden, sowie arbeitsmarktpolitischer Nutzen für die Betroffenen

erfüllen sollen.

Mit arbeitsmarktpolitischem Nutzen gemeint sind bedarfsgerechte Qualifizierung, Vermittlung von Arbeitspraxis, Anleitung oder Begleitung.

Um diese Anforderungen sicherzustellen, sollen Stadt und Landkreis Göttingen einen Beschäftigungsausschuss bilden. In dem Ausschuss sollen der DGB, die Arbeitgeber, die Wohlfahrtsverbände und die Bildungsträger gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern von Kreistag, dem Rat der Stadt Göttingen sowie der Vertretung der Gemeinden mit den jeweiligen Fachverwaltungen und der Kommunalen Anstalt für Beschäftigungsförderung Göttingen zusammenarbeiten.

Die Göttinger SPD fordert zudem den Abschluss von Rahmenvereinbarungen mit den Kammern (IHK, Handwerkskammern, Einzelhandelsverband), um die Gefährdung bestehender Beschäftigungsverhältnisse auszuschließen und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Darüber hinaus sollten diese Stellen nur bei Zustimmung der jeweiligen Personalvertretungen (Betriebs- und Personalräte bzw. Mitarbeitervertretungen) eingerichtet werden.

# Der Soziale Wirtschaftsbetrieb Juweel gGmbH

Die Liquidation des Sozialen Wirtschaftsbetrieb Juweel gGmbH sorgt für Aufregung. Nach Auslaufen der Landesförderung sollte 2003 die geordnete Auflösung eingeleitet werden. Mit dem Ende der Förderung war der Betrieb nicht mehr in der Lage, langzeitarbeitslose und behinderte MitarbeiterInnen zu beschäftigen. Doch diese Liquidation sorgte in der veröffentlichten Meinung für zahlreiche Schlagzeilen.

Der 1994 gegründete Soziale Wirtschaftsbetrieb Juweel gGmbH ist von der CDU im Rat der Stadt Göttingen in Misskredit gebracht worden. Der von den Gesellschaftern Stadt (90%) und Landkreis (10%) getragene Betrieb finanzierte sich aus dem - durch die CDU-Landesregierung inzwischen eingestellten - Förderprogramm für „Soziale Betriebe“, aus Mitteln nach dem Bundessozialhilfegesetz „Hilfe zur Arbeit“ und aus Verkaufserlösen. Nach Auslaufen der Landesförderung war Juweel nicht mehr in der Lage, auf dem Markt zu bestehen. Deshalb wurde 2003 die geordnete Liquidation eingeleitet. Juweel beschäftigte im Laufe der zehn Jahre 488 langzeitarbeitslose und behinderte MitarbeiterInnen.

Die Beschäftigungsfelder von Juweel wurden verantwortungsvoll übergeben. Der Kartoffelschälbetrieb Leinegarten in Rittmarshausen musste 2003 geschlossen werden, da die Preise für biologisch angebaute Erzeugnisse aus der Region auf dem Markt nicht mehr durchsetzbar waren. Der Vorwurf, dass der Mietvertrag noch weiterlief, wurde vom Aufsichtsrat geprüft. Antwort: Aus betriebswirtschaftlichen Gründen (Abschreibungen) musste ein Fünfjahresmietvertrag geschlossen werden, der nicht vorzeitig kündbar war.

Die Einführung der Elektroschrottverordnung mit der Rücknahmeverpflichtung der Gerätehersteller bedeutet, dass dieser Zweig der manuellen Zerlegung und Entsorgung von Elektrogeräten geschlossen werden musste. Die Gastronomieprojekte (Cafe Saathoffplatz, VHS-Bistro, Cafe Korbbhof in Bovenden und die Plesse-Burg) konnten erfolgreich an private Betreiber (z.T. ehemaliger Beschäftigte von Juweel) übergeben werden.

Die geordnete Liquidation erfolgt in enger Abstimmung mit der Finanzverwaltung der Stadt. Die öffentlichen Behauptungen (wie der von der FDP im Kreistag behauptete Vorwurf der Insolvenzverschleppung) konnten bislang nicht erhärtet werden. Eine drohende Überschuldung wurde im Sommer 2003 durch Darlehen der Gesellschafter abgewendet. Derzeitig (September 2004) besteht erneut eine Situation der drohenden Überschuldung, insbesondere durch Sonderabschreibungen auf das Vermögen und den Forderungen der Bezirksregierung. Ein Fachanwalt für Wirtschaftsrecht ist beauftragt, mit der externen Wirtschaftsprüferin einen Statusbericht zu erstellen und die Gesellschafter zu beraten, wie finanzielle Belastungen für Stadt und Landkreis Göttingen vermieden werden können.

## Zu den Forderungen der Bezirksregierung Braunschweig:

Als Ergebnis der Prüfung der Bezirksregierung in 2003 wurde vom Land eine „Doppelförderung“ für Personalkosten im Regiebereich unterstellt (sowohl vom Land als auch von den Sozialhilfeträgern). Aus diesem Grunde wird ein bereits zugesicherter Förderbetrag in Höhe von 77.000 € zurückgehalten. Die Gesellschaft klagt auf Auszahlung. Die Klage ist noch anhängig. Für weitere 5 Fördermittelbescheide in einer Gesamthöhe von 1,1 Mio Euro ist die Begründung identisch mit dem ersten strittigen Fall.

Möglich ist noch eine außergerichtliche Verständigung mit der Bezirksregierung. Aus diesem Grunde hat die Stadt Göttingen eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die geforderten Unterlagen zusammenstellen soll. Eine Prüfung durch das

Rechnungsprüfungsamt der Stadt soll durch einen Ratsbeschluss veranlasst werden.

Zwar wurde der Aufsichtsrat und Verwaltungsausschuss der Stadt am 1. März 2004 über die Problematik informiert, allerdings war die Dimension der Risiken damals nicht bekannt. Zudem muss aus heutiger Sicht gefragt werden, ob die Juweel-Geschäftsführung alles unternommen hat, um der Bezirksregierung die notwendigen Abrechnungsunterlagen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

## Zu den Vorwürfen gegen Einzelpersonen:

Dagmar Schlapeit-Beck ist Aufsichtsratsvorsitzende, nicht Geschäftsführerin, der Juweel gGmbH. Der Oberbürgermeister stellt den stellvertretenden Vorsitz und lässt sich hierbei von der Finanzverwaltung, Hans-Peter Suermann als Finanzdezernent und Gerit Schmidt als Fachbereichsleiter vertreten. Die Finanzverwaltung hat somit nicht nur Kenntnis aller Vorgänge, sondern eigenes Stimmrecht im Aufsichtsrat. Die Entscheidungen wurden dort einvernehmlich getroffen.

Dagmar hatte mit dem ehemaligen Geschäftsführer eine pauschale Überstundenabgeltung vereinbart, die für die GmbH günstiger als eine Einzelabrechnung war. Die Pauschale berücksichtigt auch, dass der Geschäftsführer die Aufgabe einer nicht wiederbesetzten Stelle für Sozialbetreuung miterledigt hat. Diese Pauschale ging zur Hälfte (2.350 €) in seine ihm vertraglich zustehende Abfindung ein. Der Geschäftsführer hatte vor 1994 eine unbefristete Stelle bei der Stadt.

Fortsetzung auf Seite 4

## Fortsetzung von Seite 3: Juweel

Eine rückhaltlose Prüfung sämtlicher Vorwürfe findet längst statt. Es wird auch geprüft, inwieweit Fehler der Geschäftsführung zu Schadensersatzansprüchen durch die Gesellschafter führen. Allgemeine Vorwürfe gegen den Aufsichtsrat sind polemisch, da wie oben beschrieben, alle Entscheidungen im Rahmen der Liquidation einstimmig unter Beteiligung der städtischen Finanzverwaltung und des Landkreises getroffen wurden.

Zur politischen Wertung:

Die Abwicklung eines Unternehmens ist keine angenehme Aufgabe. Allerdings

wurde diese bisher umsichtig und geordnet durchgeführt, mit dem Ziel Schaden von den Gesellschaftern abzuwenden.

Der plakative Rücktritt der CDU Mitglieder im Aufsichtsrat von Juweel hat eine Kampagne in Bewegung gesetzt, die den Eindruck erweckt, bei Juweel hätte es Unregelmäßigkeiten gegeben, die im Aufsichtsrat vertuscht worden wären. Dies trifft nicht zu. Die CDU nimmt mit ihrer Kampagne billigend den öffentlichen Schaden für die Beschäftigungsförderung von Stadt und Landkreis Göttingen in Kauf, obwohl sie es besser wissen müsste.

## Berichte aus den Sümpfen Ruandas

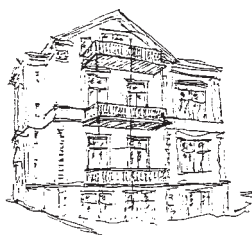
In den vergangenen Wochen erinnerte sich die Welt an die Massaker vor 10 Jahren in Ruanda, denen sie tatenlos zusah. In hundert Tagen wurden vor aller Augen mehr als 800.000 Tutsi durch die Hutu-Mehrheit des Landes aufs Grausamste mit Macheten ermordet.

Ich habe das Buch des Journalisten Jean Hatzfeld in Frankreich gefunden und für den kleinen Giessener Verlag Haland & Wirth übersetzt. Hatzfeld hat 14 Überlebende in einem Dorf besucht und vorsichtig ihr Vertrauen gewonnen. Sie brechen ihm gegenüber ihr Schweigen und erzählen in einfacher, fast poetischer Sprache, was ihnen widerfahren ist. Die Berichte geben tiefe Einblicke in die Traumatisierungen und die Bewältigungsstrategien der Überlebenden. Der Libération-Reporter Hatzfeld hat informative Reportagen über die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe beigefügt. Ein eindringliches Bild des Völkermords. Unübersehbar sind die Parallelen zum Holocaust.

Das Buch ist im Buchhandel erhältlich. Am 4. Mai wurde es im Willy-Brandt-Haus in Berlin vorgestellt. Auf Wunsch kann ich bei Euren Veranstaltungen aus dem Buch lesen. *Karl-Udo Bigott*

### Die Telefonnummern:

0551 / 50 311 - 0	Zentrale
0551 / 50 311 - 10	SPD-Unterbezirk
0551 / 50 311 - 20	SPD-Stadtverband
0551 / 50 311 - 14	WK-Büro Inge Wettig-Danielmeier
0551 / 50 311 - 17	WK-Büro Gabi Andretta
0551 / 50 311 - 18	WK-Büro Thomas Oppermann
0551 / 50 311 - 22	Fax



## Termine

- 12.10.2004, 16:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**Expertenhearing  
Erwachsenenbildungsgesetz**
- 14.10.2004, 19:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**AfA-Treffen**
- 18.10.2004, 19:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**Juso-Stadtverbandssitzung**
- 22.10.2004, 19:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**SPD-Stadtverbandsvorstand**
- 25.10.2004, 19:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**Sitzung des SPD-  
Unterbezirksvorstand**
- 26.10.2004, 18:30 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**Arbeitskreis Grundsatzprogramm  
der SPD**
- 01.11.2004, 19:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**Juso-Stadtverbandssitzung**
- 05.11.2004, 19:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**SPD-Stadtverbandsvorstand**
- 11.11.2004, 19:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**AfA-Treffen**
- 19.11.2004, 19:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**SPD-Stadtverbandsvorstand**
- 25.11.2004, 19:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**Sitzung des SPD-  
Unterbezirksvorstand**
- 03.12.2004, 19:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**SPD-Stadtverbandsvorstand**
- 10.12.2004, 17:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**KassiererInnenschulung des SPD-  
Unterbezirks**
- 17.12.2004, 19:00 Uhr  
Forum, Nikolaistr. 30  
**SPD-Stadtverbandsvorstand,  
SPD-Stadtverbandsbeirat und  
Weihnachtsfeier.**